

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 41.

Charlottenburg, Freitag, den 11. Oktober 1918.

Jahrg. 45.

Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1917.

Nach der von der Generalkommission aufgenommenen und soeben veröffentlichten Statistik sind auch im vergangenen Jahre die Arbeitersekretariate trotz aller Erschwernisse ihren Aufgaben durchaus gerecht geworden. Das Tätigkeitsgebiet der Sekretariate ist durch den lang andauernden Kriegszustand nicht eingeeengt, sondern noch erweitert worden. Der Kriegszustand hat eine Reihe Erscheinungen gezeitigt, die die Ursachen zu neuen Rechtsstreitfragen bilden.

Die Zahl der von den freien Gewerkschaften unterhaltenen Arbeitersekretariate beträgt 130, ihr Bestand hat sich nicht verändert. An der Statistik sind jedoch, genau wie im vorigen Jahre, nur 119 Sekretariate beteiligt; 11 sandten keinen Bericht ein. Von den berichtenden Sekretariaten werden 102 von den Gewerkschaftskartellen unterhalten, davon 83 aus den Kartellklassen und 19 durch Erhebung besonderer Beiträge, die direkt an das Sekretariat abgeführt werden. 13 sind Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes, und bei 4 Sekretariaten werden die Kosten von der Generalkommission getragen. Außerdem leistet sie den durch den Rückgang an beitragsleistenden Mitgliedern finanziell besonders bedrängten Sekretariaten laufende oder auch einmalige Zuschüsse. Die berichtenden Sekretariate verzeichnen zusammen eine Ausgabe von 630 602 Mk.; sie übersteigt die des Vorjahres um 54 287 Mk. Von der Ausgabe wurden 315 425 Mk. aus den Kartellklassen, 49 601 Mark aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 40 257 Mk. aus den Kassen der beteiligten Organisationen gedeckt. Von der letzteren Summe kommen auf den Bergarbeiterverband für die Unterhaltung seiner Sekretariate 26 683 Mk. Die Generalkommission leistete an 56 Sekretariate zusammen 95 588 Mk. Zuschüsse. 26 Sekretariate erhielten Zuwendungen von Parteiorganisationen im Gesamtbetrage von 9092 Mk.; aus Staats- und Gemeindemitteln wurden 12 Sekretariate Beihilfen gewährt, die sich im einzelnen zwischen 100 bis 4000 Mk. bewegen und zusammen die Summe von 12 800 Mk. ausmachen.

Die Tätigkeit der Sekretariate war im Jahre 1917 nicht ganz so umfangreich wie 1916; die Frequenzziffer, die Zahl der Auskünfte und Schriftsätze stehen hinter denen des Vorjahres zurück. Die Verminderung ist aber nicht so erheblich, daß hieraus ungünstige Schlüsse für die Entwicklung der Sekretariate gezogen werden könnten. Es nahmen 511 763 Personen die Sekretariate in Anspruch gegen 526 365 im Vorjahre. Von den Auskunftsuchenden waren 477 105 gleich 93,2 Proz. Arbeitnehmer oder Angehörige derselben und 32 833 Personen gehörten anderen Bevölkerungsklassen an; außerdem wandten sich in 1795 Fällen Behörden und Korporationen an die Sekretariate. Von den Auskunftsuchenden waren 262 772 gleich 53,8 Proz. gewerkschaftlich organisiert. 119 769 wohnten nicht am Orte des Sekretariats, sondern kamen von auswärts. Seit Beginn des Krieges hat eine gewaltige Steigerung der Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen stattgefunden. 1913 waren von allen Auskunftsuchenden 17 Proz., 1917 dagegen 47 Proz. weibliche Personen. Diese Erscheinung ist verursacht durch die stark gestiegene Anteilnahme der Frau an dem Erwerbsleben und den Kriegsfürsorgemaßnahmen; wurden doch allein in Unterstützungsfachen für Familien von Kriegsteilnehmern 59 442 (gegenüber 34 223 im Vorjahre) Auskünfte erteilt.

Auskünfte wurden insgesamt 544 521 erteilt, davon 476 707 mündlich und 42 129 schriftlich. Schriftsätze wurden 166 317 an-

gefertigt. Unter dem Rubrum „Arbeits- und Dienstvertrag“ wurden, jedenfalls unter Einwirkung des in Kraft getretenen Hilfsdienstpflichtgesetzes, 1780 Auskünfte mehr erteilt und 2697 Schriftsätze mehr angefertigt.

Ueber persönliche Vertretungen von Rechtsstreitigkeiten vor Versicherungsämtern, Gerichten und Verwaltungsbehörden liegen von 93 Sekretariaten Angaben vor. Bei diesen Vertretungen macht sich der Mangel an geeigneten Kräften und ihr Wechsel recht fühlbar. Es wurden 4274 Vertretungen ausgeübt, 1913 dagegen 6717. Von den Vertretungen erfolgten 2640 vor Versicherungsämtern, 584 vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, 358 vor Amtsgerichten und 563 vor Verwaltungsbehörden und -gerichten. Termine wurden 4271 wahrgenommen.

Der Ausgang der vertretenen Rechtsfälle wurde den Sekretariaten nur in 24 216 Fällen bekannt, davon waren 18 271 erfolgreich und 5945 erfolglos. Da diese Angaben sehr unvollständig sind, lassen sich sichere Schlussfolgerungen aus diesen Angaben nicht ziehen.

Von den Rechtsauskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle haben 122 berichtet und davon nur 111 vollständig. Diese Stellen erteilten 1917 insgesamt 42 033 Auskünfte. Die Rechtsauskunftsstellen sind unter dem Einfluß des Krieges stark zurückgegangen, was daraus zu ersehen ist, daß die Zahl der berichtenden Stellen 1917 um 110 geringer ist, als sie 1913 war. Die kleineren und mittleren Gewerkschaftskartelle, die als Träger der Rechtsauskunftsstellen in Betracht kommen, sind bei ihren engbegrenzten Mitgliederfreisen den Folgen des Krieges stärker ausgesetzt als größere Mitgliederfreisen. Der Eingang so mancher Auskunftsstelle ist deshalb eine, wenn auch unerfreuliche, aber in den Verhältnissen begründete Erscheinung.

Erfreulich ist dagegen, daß sich bisher der Bestand der Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften auf die gleiche Zahl erhielt und ihre regen Tätigkeit zum Wohl der Arbeiterschaft trotz aller Kriegsnöte auszuüben vermochten. Es steht zu erwarten, daß sie auch während der Fortdauer des Krieges auf gleicher Höhe bleiben werden, um dem schwergeprüften werktätigen Volke weiterhin als treue Berater zur Seite stehen zu können.

Unfernrufe gegen die Arbeiterkontrollen.

II.

Bei der Vielseitigkeit der Gewerbe (Industrien usw.) und Gewerbebetriebe werden an die Gewerbeinspektoren nicht unbeträchtliche Anforderungen gestellt, die in bezug der technischen und praktischen Kenntnisse und der Uebersicht sich unstreitig nicht befriedigen lassen. Wie die Industrie mit der Technik immer mehr zur Spezialproduktion übergeht, so muß sich die Gewerbeaufsicht dieser Entwicklung anpassen und müssen deshalb hierbei mehr Spezialingenieure zur Vermendung kommen. Bei allen Mängeln, welche dem berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsdienst anhaften, so ist er aber zweifellos durch die Spezialisierung der Berufsgenossenschaften nach Gewerben (wie für die chemische Industrie, Elektrizität, Baugewerbe usw.) der staatlichen Gewerbeaufsicht überlegen. Auch der aus der Spezialindustrie hervorgegangene praktisch geschulte Arbeiterkontrollleur wird, soweit sein Gewerbe oder seine Industrie in Frage kommt, sich den vielwissenden Gewerbeaufsichtsbeamten überlegen

zeigen. Nach alledem ist deshalb eine Reorganisation des Aufsichtsdienstes erforderlich. Hier wird erst einmal notwendig erscheinen, die einzelnen Industrien und verwandten Gewerbe unter der Berücksichtigung von Wirtschaftsgebieten in nicht allzu große Aufsichtsbezirke einzuteilen, worin dann der leitende Gewerbeinspektor in Verbindung mit den Arbeiterkontrolleuren die behördlichen Betriebsrevisionen ausübt. Von Interesse ist jedenfalls die Frage, wie groß die Zahl der Arbeiterkontrolleure in jedem Aufsichtsbezirk sein muß. Das wird sich nach den Erfahrungen und den Anforderungen zu dem Grad der Gefährlichkeit der Gewerbe und nach der Zahl und Größe der Betriebe richten müssen. Gefährliche Betriebe müssen mindestens einmal im Monat revidiert und außerdem muß von zwei zu zwei Jahren die ganze Betriebsanlage durch eine staatliche Sachverständigenkommission einer prüfenden Besichtigung unterzogen werden. Dasselbe trifft selbstverständlich auch für die Berufsgenossenschaften zu, die durch eine dementsprechende Änderung der Reichsversicherungsordnung (§ 875) verpflichtet werden müssen, erst mal den Bestand ihrer technischen Aufsichtsbeamten um mindestens ein Drittel durch Anstellung von Arbeiterkontrolleuren zu erhöhen. Berufsgenossenschaften, die in sich gefährliche Gewerbe oder Industrien vereinigen, müssen von Fall zu Fall nach der verhältnismäßigen Zahl der Unfälle oder gewerblichen Erkrankungen durch das Reichsversicherungsamt zu einer weiteren Anstellung von Arbeiterkontrolleuren veranlaßt werden können. Zu diesen Fragen haben die Eingaben des Zentralverbandes der Steinarbeiter an das Reichsversicherungsamt vom Oktober 1917 und vom Januar 1918 sowie die Eingaben der drei Textilarbeiterverbände vom Mai 1918 an den Reichskanzler und an den Reichstag schon wertvolle Arbeit geleistet. Die Steinbruchsberufsgenossenschaft hat in einem Schreiben an den Vorstand des Steinarbeiterverbandes die Anstellung einiger Arbeiterkontrolleure zugesagt.

Wie in der Fachschrift „Baupolizeiliche Mitteilungen“ im August 1912 veröffentlicht wurde, hat der Rat der Stadt Chemnitz zu der erörterten Frage der Anstellung von Arbeiterkontrolleuren in der Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis einer Mündfrage an eine Zahl süddeutscher Städte bekanntgegeben. In Betracht kamen München, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, Jülich, Kissingen, Ludwigshafen und Würzburg. Im ganzen waren 13 Fragen gestellt, wovon hier als die wichtigsten die Fragen 7 und 8 anzusehen wären. Die Frage 7: Ob sich die Arbeiterkontrolleure zur Wahrung der ihnen überwiesenen Obliegenheiten als geeignet erwiesen haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten mit „Ja“ bestätigt. Die Frage 8: Ob sich Schwierigkeiten aus der Zusammenarbeit der technisch vorgebildeten Kontrolleure mit den Arbeiterkontrolleuren ergeben haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten verneint. Von Interesse ist noch die Frage 10: Haben sich Schwierigkeiten bei der Einführung mit den Arbeitgebern ergeben? München äußert sich dahin, daß sich anfangs wohl Schwierigkeiten gezeigt hätten, inzwischen habe sich aber die Sache eingerichtet, und die Arbeitgeber sehen jetzt selber ein, daß sie durch diese Baukontrollen entlastet wurden. Die anderen Magistratspräsidenten sprechen sich in derselben Weise aus. Also was will man mehr? Genau so würden sich die Verhältnisse in der Industrie gestalten. Aber wirklich mal angenommen, daß man sich bei der Auswahl der Personen vergreifen hätte, wäre damit eine Unfähigkeit der intelligenten Arbeiterschaft zur amtlichen Betriebsaufsicht bewiesen? Hierzu sei bemerkt, daß bei den übrigen amtlichen Ressorts der staatlichen und Gemeindeverwaltungen bei der Anstellung von Personen derartige Mißgriffe auch sehr oft vorgekommen sind!

Eine andere Frage ist das Verhalten der Unternehmer oder der Betriebsleiter gegenüber den Arbeiterkontrolleuren. Bei der Aufsichtstätigkeit werden sich Differenzen mit diesen Leuten und sagen wir — auch mit den Arbeitern — oft nicht vermeiden lassen. Aber das wird bei der Tätigkeit der Arbeiterkontrolleure nicht allein vorkommen, sondern wie die Erfahrungen lehren, kann das auch den Gewerbeinspektoren, der Baupolizei, den Revisionsbeamten der Dampfseifenanlagen, den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften usw. passieren. Das kirchenreligiöse oder politische Glaubensbekenntnis des Aufsichtsbeamten hat damit gar nichts zu tun, sondern wird in dem Antijohannismus, in dem Vorurteil oder in dem bösen Willen eines der Unternehmer, Betriebsleiter und Arbeiter sowie vor allem in den Schutzunterlassungen der revidierten Betriebe seine Ursache finden. Im übrigen wird man von jedem Aufsichtsbeamten in den Umständen entsprechendes entschlossenes und energieloses Vorgehen erwarten müssen. Daher sind alle derartigen Einwendungen gegen die Arbeiterkontrolleure mit Vorbehalt und Sachlichkeit zu prüfen.

Es liegt zweifellos auch im Interesse der Unternehmer, wenn sie, einer besseren Einsicht folgend, sich bereit finden, einer intensiveren und wirkungsvolleren organisierten Gewerbeaufsicht mehr Würdigung und Anerkennung entgegenzubringen. Und das um so

mehr, wo die schutztechnisch besser ausgestatteten Betriebe wie bisher oft für die Unterlassungen anderer Betriebsunternehmer materiell mit eintreten müssen. Die finanziellen Belastungen einzelner Gewerbe durch das Manko von schutztechnischen Einrichtungen sind vielfach enorm. Ein fortschreitender und gleichartiger Ausbau der Schutzeinrichtungen in einem Gewerbe oder Berufe wird dazu beitragen, diese Ausgaben ganz beträchtlich niedriger zu gestalten und außerdem die Konkurrenzverhältnisse auf einen mehr gesunden Boden zu stellen. Die dringende Anstellung von Arbeiterkontrolleuren als Gewerbeaufsichtsbeamten ist deshalb nicht nur bevölkerungspolitischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Natur und daher eine Sache der höheren Zweckmäßigkeit für den Staat. G. S e i n l e

Aus unserm Berufe.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe ist im Monat August wieder gestiegen. Von 5943 Mitgliedern, über die für den Monat August berichtet worden ist, waren 101 männliche oder 3,6 v. H. und 317 weibliche oder 10,0 v. H., insgesamt 418 oder 7,0 v. H. arbeitslos, während im Juli d. J. die Arbeitslosenziffer den niedrigsten Stand während der ganzen Kriegszeit erreichte mit 27 v. H. Im August 1917 betrug die Arbeitslosenziffer 4,3 v. H. Damit ist unser Verband in bezug auf die Höhe der Arbeitslosenziffer wieder an die zweite Stelle gerückt; nur der Verband der Gut- und Filzwarenarbeiter, der schon seit langer Zeit eine bedeutende Arbeitslosigkeit aufzuweisen hat, steht mit 33,2 v. H. voran.

Von Unternehmerseite scheint nur ein Bericht aus der Steingutindustrie vorzuliegen, in dem die Lage als unverändert günstig bezeichnet wird.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit dürfte ohne Zweifel auf den Kohlenmangel zurückzuführen sein, unter dem ein Teil der feinkeramischen Betriebe leidet. Im Bericht des Rgl. Bayer. Statist. Landesamts wird dem auch Ausdruck gegeben, indem dort gesagt wird: In Oberfranken klagte neben anderen Industriezweigen besonders die Porzellanindustrie über ungenügende Berücksichtigung bei der Kohlenversorgung, wodurch noch mit weiteren Betriebseinschränkungen als bisher gerechnet werden müsse.

Die Mitgliederziffer ist auch im August weiter gestiegen von 6315 auf 6429. So lange trotz der weiteren Einberufungen zum Heeresdienst und des sonstigen Mitgliederabganges die Gesamtziffer trotzdem von Monat zu Monat steigt, dürfen wir der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen. In einer Anzahl von Zahlstellen wird die Werbearbeit mit Fleiß und Ausdauer betrieben. Wäre das letztere gleichmäßig in allen Zahlstellen der Fall, müßte der Erfolg natürlich ein viel größerer sein.

Bordamm. Am Montag, den 30. September, vormittags, brannte das Glattlager der hiesigen Steingutfabrik bis auf die Umfassungsmauern nieder. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist näheres noch nicht bekannt. Der Betrieb dürfte voraussichtlich dadurch keine Unterbrechung erleiden.

Breslau. Sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen der hiesigen Steingutfabrik wurde die Teuerungszulage vom 23. September ab um weitere 25 Proz. erhöht.

Erhöhung der Teuerungszulagen in Oberfranken und der Oberpfalz ab 1. Oktober um 5 Proz. Nach § 14 der mit den Unternehmern vor der Kriegsamtsstelle Nürnberg am 7. Mai dieses Jahres getroffenen Vereinbarungen sind die im § 8 derselben als Teuerungszulagen festgelegten Prozentsätze der Verdienste ab 1. Oktober in allen Klassen um je 5 Proz., für Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahre um 2½ Proz. erhöht. Die Kollegen wollen das beachten und dort, wo etwa diese Erhöhung ausgeblieben ist, den Unternehmer auf die Vertragsbestimmung aufmerksam machen und Nachzahlung ab 1. Oktober verlangen. Falls ein Unternehmer die Erhöhung der Teuerungszulage ablehnt, ist der Gewerkschaft sofort Mitteilung zu machen.

Waldenburg. Die trostlosen Zustände in bezug auf die Arbeiterlöhne in der schlesischen Porzellanindustrie beleuchtete wieder einmal die Klage eines Arbeiters von der Firma Porzellanfabrik A. Krüger in Waldenburg vor dem Schlichtungsausschuß in der Sitzung vom 3. Oktober. Die Sache selbst wurde vertagt, weil der Beschwerdeführer sich bereit erklärte, die Klage zurückzuziehen, wenn die Firma ihm eine angemessene Erhöhung des Lohnes bewillige. Da der Stundenlohn nur 40 Pf., sage und schreibe vierzig Pfennig, beträgt, wird eine Vermittelung durch den Schlichtungsausschuß erfolgen. Während die Porzellanindustrie ungeheure Gewinne zu verzeichnen hat, werden die Arbeiter mit einem Sommerlohn von 40 Pf. pro Stunde abgespeist. Was soll denn noch alles geschehen, ehe es in den Köpfen der schlesischen Porzellanarbeiter zu tagen beginnt?

Vermischtes.

Aus Oberfranken. Dem Reichstagsabgeordneten Genossen **Simon** ist auf seine Eingabe an das Königl. Bayer. Ministerium des Innern, betreffend die bessere Versorgung der Arbeiterschaft im Hofer Bezirk mit Lebensmitteln, bezw. die Anerkennung der in der Porzellanindustrie beschäftigten Dreher und Brenner als Schwer- und Schwerstarbeiter (Siehe „Ameise“, Nr. 36 vom 6. September d. J.) eine Antwort zugegangen, in der in bezug auf die Porzellanarbeiter gesagt wird:

Die Frage, ob und welche Klassen der Porzellan- und Steinarbeiter als Schwerstarbeiter anzuerkennen sind, bemittelt sich nach den Anordnungen des Kriegsernährungsamtes. Im Kommunalverband Selb-Stadt sind die Schwerarbeiter in drei Klassen eingeteilt: Klasse 1 (Schwerstarbeiter) erhalten wöchentlich 1200 Gramm Brot, Klasse 2 (Schwerarbeiter) wöchentlich 800 Gramm und Klasse 3 (Minderschwerarbeiter) wöchentlich 600 Gramm. Als Schwerstarbeiter sind die Brenner und Schmelzer sowie Ofenausleerer und Dampfkesselheizer anerkannt, jedoch nur die in Rüstungsbetrieben (Abteilungen) beschäftigten Personen, etwa 290. Der Kommunalverband gibt die Schwerstarbeiterzulagen aber auch an die beim Geschirrbrennen usw. beschäftigten Brenner usw., da diese gleich schwere Arbeit haben, wie die mit Rüstungsartikeln beschäftigten Brenner usw., sohin an etwa 320 Personen.

Gewerkschaftliches.

Aus den deutschen Gewerkschaften. Nach der jüngsten der von der Generalkommission vierteljährlich vorgenommenen Erhebungen zählten die ihr angeschlossenen Zentralverbände, ohne die Verbände der Chorsänger und Deutschen Eisenbahner, am Schlusse des zweiten Vierteljahres zusammen 1 369 799 Mitglieder, darunter 362 617 weibliche, gegen 1 336 519 am Ende des vorigen Vierteljahres. Es vermehrte sich die Mitgliederzahl seit dem 31. März um 33 280 und seit Ende des Jahres 1917 um 105 085. Gegenüber dem Bestande am Schlusse des zweiten Vierteljahres 1913 ist noch ein Verlust von 1 148 786 gleich 45,6 Proz. zu verzeichnen. Die Verbände der Bergarbeiter, Bureauangestellten und Sattler und Portefeuller haben den Bestand der Mitglieder vor dem Kriege gegenwärtig bereits überschritten. Arbeitslos waren Ende Juni 2463 männliche gleich 0,2 Proz., 8410 weibliche gleich 2,4 Proz., zusammen 10 873 Mitglieder gleich 0,8 Proz. Seit Beginn des Krieges verausgabten die Zentralverbände für Unterstützungen zusammen 73 125 203 Mk., davon für Arbeitslosenunterstützung 25 662 017 Mk. und für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 26 662 017 Mk.

Die **Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine** feiern in diesem Jahre ihr 50jähriges Bestehen. 1868 wurden die ersten H.-D. Gewerksvereine von den fortschrittlichen Politikern Dr. Max Hirsch und Dunder gegründet. Die Entwicklung dieser Organisation ist aber weit hinter den jüngeren Gewerkschaftsgruppen zurückgeblieben. Die Mitgliederentwicklung der H.-D. Gewerksvereine während der Kriegszeit ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

	1913	1916	1917
Metallarbeiter	43 816	25 336	45 194
Fabrik- und Handarbeiter	18 555	10 612	12 941
Eisenbahner (Württemberg)	8 000	5 300	5 300
Schuhmacher und Lederarbeiter	5 201	2 789	2 659
Textilarbeiter	6 305	2 304	2 710
Holzarbeiter	5 310	2 176	2 466
Schneider	3 966	1 900	1 875
Zigarren- und Tabakarbeiter	2 057	1 380	1 631
Frauen und Mädchen	701	809	1 168
Bergarbeiter	2 487	700	—
Eisenbahner (Breslau)	1 100	700	473
Töpfer	1 386	671	700
Maler, Lackierer usw.	1 130	565	413
Gemeinbearbeiter	1 622	356	—
Bauhandwerker	1 200	754	350
Bildhauer	313	108	96
Ronditoren	260	100	100
Kellner	396	227	189
Brauer	2 354	879	748
Maschinisten (Hamburg)	107	50	55
Wäger (Danzig)	50	40	40
Heepschläger	31	—	—
Müser	52	—	—
Zusammen	106 618	57 766	79 113

Die Einnahmen sämtlicher H.-D. Gewerksvereine betragen 1917: 2 139 227 Mk., die Ausgaben 1 899 551 Mk., das Gesamtvermögen aller Klassen belief sich am Jahreschluss auf 5 301 606 Mk.

Zur Wiederherstellung von Lebensversicherungen bei der Volksfürsorge, für die während des Krieges die Prämienzahlung eingestellt und die infolgedessen in Spar- bezw. prämienfreie Versicherungen mit herabgesetzten Versicherungssummen umgewandelt wurden, sind die mit dem Kaiserlichen Aufsichtsamt vereinbarten Bestimmungen durch die folgende Genehmigungsurkunde in Kraft getreten:

Gemäß § 2 der Bekanntmachung über die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen vom 20. Dezember 1917 („Reichs-Gesetzblatt“ S. 1121) genehmigen wir der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, die uns mit Schreiben vom 9. September 1918 vorgelegten Allgemeinen Bestimmungen über die Wiederherstellung von Lebensversicherungen.

Berlin, den 17. September 1918.

Das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung.

Saup.

Nach § 2 dieser Bedingungen ist die Wiederherstellung spätestens innerhalb eines Jahres nach Beendigung des Krieges zu beantragen. Die Wiederherstellung erfolgt mit Wirkung vom Tage der Absendung des Antrags. Nach § 5 wird, falls der Versicherungsnehmer nichts anderes beantragt, die Versicherung in der ursprünglichen Höhe in der Weise wiederhergestellt, daß Beginn und Endtermin der Versicherung um so viele Halbmonate hinausgeschoben werden, als Halbmonatsbeiträge unbezahlt geblieben sind. Die Höhe des Beitrags bleibt unverändert. Statt der Wiederherstellung gemäß § 5 kann der Versicherungsnehmer auch Wiederherstellung durch Nachzahlung beantragen. In diesem Falle sind die rückständigen und die seit dem Erlöschen fällig gewordenen Beiträge nachzuzahlen.

Alle Genossenschaftler, die durch den Krieg veranlaßt waren, die Prämienzahlung für ihre Versicherungen einzustellen, sollten von diesen außerordentlichen Vergünstigungen Gebrauch machen und ihre Versicherungen sofort wieder beleben, denn eine Wiedereinkaufsfähigkeit wirkt um so günstiger für den Versicherungsnehmer, je früher sie erfolgt.

Die Massenspeisung im Jahre 1917. Die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes hat seit Januar 1917 die Gemeinden zu einer regelmäßigen monatlichen Berichterstattung über die von ihnen veranstaltete Massenspeisung aufgefordert. Ueber diese Erhebungen macht das „Reichs-Arbeitsblatt“ in seiner soeben erschienenen Nummer Mitteilungen, denen wir folgende Einzelheiten entnehmen.

Die Erhebungen erstreckten sich auf die Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern. Es wurde angenommen, daß bei den kleineren Orten die Voraussetzungen für eine Massenspeisung fehlen. Zum Teil scheint dies allerdings auch für die größeren Orte zuzutreffen, denn 63 von den 563 überhaupt vorhandenen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern fehlen in dem Bericht, davon der größte Teil, weil nach eigener Aussage bei ihnen die angefragten Einrichtungen kein Bedürfnis sind.

Die Berichterstattung unterscheidet zwischen Kriegs- (oder Volks-), Mittelstands-, Fabrik- und sonstigen Küchen. Von den überhaupt vorhandenen 2828 Küchen entfielen auf die allgemeinen Kriegsküchen 1497 gleich 53 Proz., auf die Mittelstandsküchen 121 gleich 4 Proz., auf die Fabrikküchen 629 gleich 22,3 Proz. und auf die sonstigen Küchen 581 gleich 21 Proz. Der Anteil der einzelnen Arten schwankt in den verschiedenen Städten nicht unbedeutend. Der Leistungsfähigkeit nach stehen die allgemeinen Kriegsküchen noch mehr im Vordergrund, als dies nach ihrer Zahl zu erwarten wäre. Es entfielen auf sie beispielsweise im Dezember 1917 75 Prozent der verteilten Portionen.

Was die Inanspruchnahme der Küchen anbelangt, so war diese naturgemäß am größten in den Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern, wo auf je 100 Einwohner im Jahresdurchschnitt täglich 10,9 Portionen verteilt wurden. In den Städten mit 250 000 bis 500 000 Einwohnern wurden 7,3, in denen mit 100 000 bis 250 000 Einwohnern 6,7, in denen mit 50 000 bis 100 000 6,1, in denen mit 25 000 bis 50 000 6,2 und in denen mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern 7,3 Portionen täglich pro 100 Einwohner verteilt. Uebrigens weisen die monatlichen Einzelzahlen für alle Größenklassen ein ziemlich gleichmäßiges Steigen und Sinken auf, so zwar, daß im April und Mai die höchste, im September und Oktober die niedrigste Inanspruchnahme der Küchen stattfand. Es hängt dies wohl zusammen mit der Kartoffel- und Brotnapfheit des Frühjahres.

Die Höhe der Preise für die einzelnen Mahlzeiten endlich variiert naturgemäß innerhalb der einzelnen Küchenarten ziemlich stark. Die höchsten Preise sind bei den Mittelstandsküchen zu finden, von denen über 75 Proz. in der ersten Hälfte des Jahres das Essen zwischen 40 und 80 Pf. und in der zweiten Hälfte zwischen 50 und 100 Pf. lieferte. Eine unentgeltliche Abgabe kennen diese Küchen nicht. Von den Fabrikküchen gaben 3 bis 4 Proz. das Essen unentgeltlich ab; mehr als 75 Proz. aller Küchen übersteigt nicht den Preis von 60 Pf. Etwas geringer ist die unentgeltliche Nahrungsabgabe bei den allgemeinen Kriegsküchen, die aber im übrigen noch geringere Preise nehmen als die Fabrikküchen; über 75 Proz. dieser Küchen überstiegen bis Oktober nicht den Preis von 40, später von 50 Pf. Die sonstigen Küchen endlich sind größtenteils Wohlfahrtseinrichtungen; etwa der dritte Teil gibt die Mahlzeiten ganz unentgeltlich ab, die übrigen zum größten Teil für weniger als 30 Pf.

Mögen auch immer wieder, zum Teil recht begründete Klagen über die Qualität des in diesen Küchen gebotenen Essens laut werden — sicher ist, daß diese zum größten Teil erst während des Krieges geschaffenen Einrichtungen Außerordentliches geleistet haben, um großen Massen der Bevölkerung über die Ernährungs-schwierigkeiten hinwegzuhelfen und gerade jetzt in der Zeit der so starken Inanspruchnahme der Frauen die Familien vor völliger Unterernährung zu schützen.

Die Heeresverwaltung für den Achtstundentag und Sonntagsruhe. Im besetzten Frankreich zieht die Heeresverwaltung die Einwohnerschaft zur Arbeitsleistung heran. Sie wird hauptsächlich in der Landwirtschaft, beim Straßenbau, auf Proviantämtern usw. beschäftigt. Die Arbeitszeit betrug bisher neun Stunden täglich. Nur in Ausnahmefällen wurde länger und des Sonntags gearbeitet. Nun hat das Oberkommando einer Armee in den besetzten Gebieten folgende Verfügung erlassen:

„Die arbeitgebenden Dienststellen müssen bei dem augenblicklich besonders starken Mangel an Arbeitskräften in der Armee mit aller Sorgfalt darüber wachen, daß durch Hebung von Arbeitslust und -kraft die verfügbare Arbeiterzahl bestmöglichst und restlos ausgenutzt wird.

Neben beständiger Sorge um gute Unterbringung und Verpflegung, schonender Behandlung der Bekleidung ist dies zu erreichen durch Kürzung der Anmarschwege und strenge Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit (einschließlich Anmarsche). Außerdem sind Ruhetage dringend erforderlich. Der gegebene Tag ist der Sonntag, der auch am Vormittag frei sein soll. Machen dringende Aufgaben eine Sonntagsarbeit unvermeidlich (Ernte usw.), so muß möglichst in der Woche ein Ruhetag eingelegt werden.“

Verfassungsberichte.

Rudolstadt. Nicht um einen eigentlichen Bericht über unsere letzte Zahlstellenversammlung soll es sich handeln, als vielmehr um die Mahnung an die Mitglieder unserer Zahlstelle, die Versammlungen wieder regelmäßig zu besuchen. Die letzte Zahlstellenversammlung hat beschlossen, von jetzt ab wieder regelmäßig jeden zweiten Sonnabend im Monat unsere Versammlungen stattfinden zu lassen, und zwar bis auf weiteres im Lokale unseres Kollegen Franke in der Mangelgasse. So erfreulich es ist, daß unsere Mitglieder, jetzt über 80, ihre Beiträge pünktlich entrichten, so daß in dieser Beziehung kein Grund zu Klagen besteht, so wünschenswert muß es aber auch sein, daß sich die Kollegen wieder lebhafter an Versammlungsleben beteiligen. Die Verwaltung wird es sich angelegen sein lassen, das ihrige dazu beizutragen, daß unsere Mitgliederversammlungen belehrend und anregend wirken. Wenn es auch zu verstehen ist, daß Arbeiter, die die ganze Woche angestrengt tätig sein müssen und dabei die Strapazen dieser schweren Zeit zu tragen haben, einmal in der Woche wenigstens Ablenkung suchen bei Spiel und Unterhaltung, so wird doch hoffentlich aber auch ein Sonntagabend im Monat dazu verwandt werden können, der Wahrnehmung unserer beruflichen Interessen zu dienen.

Die letzte Mitgliederversammlung befaßte sich auch mit dem Antrag Pöschgappel. Infolge des verhältnismäßig geringen Besuches wurde bei dieser sehr wichtigen Sache von einer endgültigen Beschlussfassung noch abgesehen und die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die Mitglieder unserer Zahlstelle werden hiermit ersucht, dafür in unserer nächsten Versammlung möglichst vollzählig zur Stelle zu sein.

Verfassungs-Anzeigen.

Rudolstadt. Nicht um einen eigentlichen Bericht über unsere letzte Zahlstellenversammlung soll es sich handeln, als vielmehr um die Mahnung an die Mitglieder unserer Zahlstelle, die Versammlungen wieder regelmäßig zu besuchen.

Berlin. Freitag, 11. Oktober, abends 8½ Uhr, Verwaltungsversammlung im Bureau.

Charlottenburg. Sonntag, 19. Oktober, abends 8½ Uhr, Zahlstellenversammlung bei Volkshaus, Halberstr. 21. Wichtige Tagesordnung.

Charlottenburg. Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8½ Uhr, im Schützenhaus, Rosinenstr. 4.

Eisenberg. Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, Zahlstellenversammlung bei Max Obst. Besichtiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Bonn. Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Volkshaus, Sandkaule 13.

Wahl. Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8½ Uhr, im Garten.

An die Zahlstellenkassierer!

Die Kassierer wollen die neuen Portofächer, die am 1. Oktober in Kraft getreten sind, beachten, um unnötige Strafpforten zu vermeiden. Postkarten kosten jetzt 10 Pf. Porto. Demgemäß mit Beitragsklärungen, Krankmeldekarten, statistische Zählkarten und die als Postkarten eingesandt, mit 10 Pf. freigemacht werden.

Drucksachen bis zum Gewicht von	50 Gramm	kosten	5 Pf.
" " " " "	100	" "	7½
" " " " "	250	" "	15
" " " " "	500	" "	25
" " " " "	1000	" "	35

Briefe im Gewicht bis zu 20 Gramm kosten 15 Pf., von bis 250 Gramm 25 Pf. Porto.

Das Verbandsbureau

Sterbetafel.

Neubaus, Kreis Sonneberg. Heinrich Jakob, Dreher, geboren am 20. März 1868 in Neubaus, gestorben am 1. Oktober an Herzlähmung. Mitglied seit 1891.

Karl Brunner, Dreher, geboren am 1. Januar 1870 in Langenau bei Lettau, gestorben am 3. Oktober an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1904.

Selb. Ernst Lhll, Formengießer, geboren am 21. September 1890 in Altrohla (Böhmen), gestorben am 26. September an Lungenentzündung. Mitglied seit Januar d. J.

Ehre ihrem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Hans Müller, Maler, geboren am 10. Mai 1899 in Kronach, gefallen durch Granatvortreffer am 25. Juli 1918 im Westen. Mitglied der Zahlstelle Kronach.

Richard Walter, Dreher, geboren am 1. September 1876 in Freital, gestorben am 25. September 1918 im Lazarett zu Altenburg an Lungenentzündung. Mitglied der Zahlstelle Meuselwitz.

Hermann Weiffert, Dreher, geboren am 2. November 1882 in Neustadt a. Orla, gestorben am 26. September 1918 in einem Kriegslazarett an Typhus. Mitglied der Zahlstelle Lettau.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Retoucheur

respektive Faber auf Figuren aus Gips gesucht. Auch Kriegsbeschädigter wird eingestellt. Angebote an Pietro Mariotti, Hannover, Köfelerstr.

Drudereileiter.

Wir suchen zum 1. Oktober, event. sofort, für unsere umfangreiche Buntdruckerei einen energischen Leiter, der eine gleiche Stellung in einem mindest ebenso großen Betriebe mit Erfolg innegehabt hat. Andere Bewerbungen zwecklos. Angebote mit Lebenslage, Zeugnisabschriften, Photographie, Ansprüche, Militärverhältnis, Eintrittstermin erbeten an Porzellanfabrik Fraureuth A.-G., Fraureuth b. Weiden i. Sa.

Porzellan-dreher

auf Schubcheibe für dauernde Affordarbeit gesucht. Meißner Ofen- und Porzellanfabrik, vorm. C. Leichert Meissen, Neumarkt 5.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, alle goldhaltigen Malrückstände

kauft bei schneller, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5- und 10-Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahle 4 Pf. pro Stück.

A. Langhammer, Weiden bei Zwickau, Sa.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft R. Köhler, Dresden-N., Gerichstr. 8 II.

Keelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Verantwortl. Vorstand d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Gerden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstr. 22.